



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

An den Grossen Rat

05.8290.02

ED/P058290
Basel, 9. Juli 2008

Regierungsratsbeschluss
vom 8. Juli 2008

Anzug Heidi Mück und Konsorten betreffend Schaffung von 50 neuen Lehrstellen beim Kanton Basel-Stadt auf Lehrbeginn 2006

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 14. September 2005 den nachstehenden Anzug Heidi Mück und Konsorten dem Regierungsrat zur Stellungnahme überwiesen:

„Angesichts der prekären Situation auf dem Basler Lehrstellenmarkt drängen sich Massnahmen auf. Die bis jetzt bekannt gewordenen Bestrebungen zur Schaffung zusätzlicher Lehrstellen sind begrüssenswert. Daneben muss aber auch der Staat als wichtiger Arbeitgeber „sich selbst in die Pflicht nehmen“.

Der Kanton Basel-Stadt bildet zur Zeit 267 Lehrlinge aus. Angesichts von fast 14'000 Vollstellen ist dies eine zu geringe Ausbildungsquote, auch wenn die Verhältnisse beim Kanton nicht direkt mit der Privatwirtschaft vergleichbar sind, werden doch zum Beispiel im Gesundheitsbereich oder in der Pädagogik zahlreiche junge Menschen ausgebildet, die nicht als Lehrlinge in der Statistik erscheinen. In den letzten Jahren wurden ernsthafte Anstrengungen unternommen, um das Lehrlingswesen im Kanton zu vereinheitlichen und um neue Lehrstellen zu schaffen. So stieg zum Beispiel seit der Einführung der neuen kaufmännischen Grundausbildung 2002 die Anzahl kaufmännischer Lehrstellen von 40 auf 59 im Jahr 2004 und auf Sommer 2005 wurden weitere 6 Lehrstellen geschaffen. Doch insgesamt besteht bei der Lehrstellensituation im Kanton noch immer Handlungsbedarf.

Es braucht einen Effort. Auf Lehrbeginn 2006 soll der Kanton Basel-Stadt 50 neue Lehrstellen schaffen, davon ein namhafter Teil für leistungsschwächere Jugendliche im Bereich der Attestausbildungen und in weniger anspruchsvollen dreijährigen Lehren. Der Ausbau an Lehrstellen musste bisher von den einzelnen Departementen aus dem laufenden Budget finanziert werden. Um den jetzt nötigen Effort leisten zu können, braucht es zusätzliche Finanzmittel. Die einzelnen Dienststellen sind unter dem aktuellen Spardruck nicht in der Lage die nötige Anzahl Lehrstellen zu schaffen.

Es besteht ein Lehrstellennotstand. Die betroffenen Jugendlichen sind auf rasche Lösungen angewiesen, damit sie nach ihrer Schulzeit eine Chance auf einen Ausbildungsplatz haben. Auch der Kanton soll seinen Teil zur Verbesserung der Lehrstellensituation leisten, dies auch im Sinne eines guten Beispiels vis à vis der Privatwirtschaft.

Die Unterzeichnenden bitten die Regierung zu prüfen und zu berichten, wie in der kantonalen Verwaltung auf Lehrbeginn 2006 50 zusätzliche Lehrstellen, insbesondere für weniger qualifizierte Jugendliche, geschaffen werden können und wie die dafür benötigten zusätzlichen Finanzen bereit gestellt werden können.

Heidi Mück, Rolf Häring, Urs Müller, Doris Gysin, Gisela Traub, Martin Lüchinger, Katharina Herzog, Hans-Peter Wessels, Maria Berger-Coenen, Michael Wüthrich, Sibel Arslan, Oswald Inglin, Hasan Kanber, Gülsen Oeztürk, Mustafa Atici, Talha Ugur Camlibel, Hansjörg Wirz, Anita Lachenmeier-Thüring, Dieter Stohrer, Ruth Widmer“

Wir gestatten uns, zu diesem Anzug wie folgt Stellung zu nehmen:

1. Ausgangslage

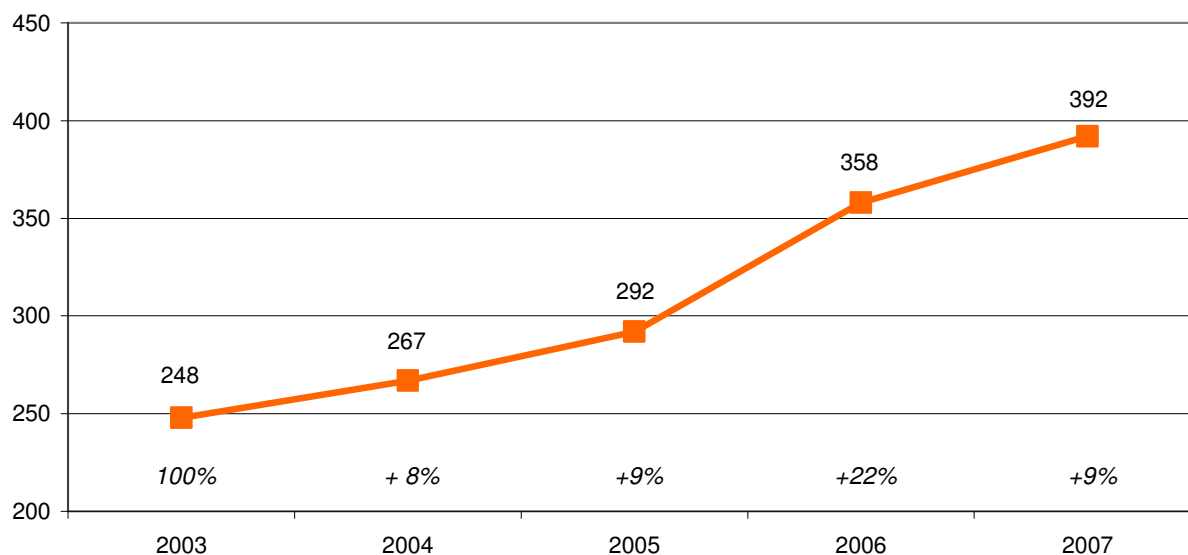
Der Anzug verlangt zu prüfen, wie in der Kantonalen Verwaltung auf Lehrbeginn 2006 50 zusätzliche Lehrstellen, insbesondere für weniger qualifizierte Jugendliche geschaffen werden und wie die dafür benötigten zusätzlichen Finanzen bereit gestellt werden können.

2. Zu den Anträgen der Anzugstellerin

Der Regierungsrat hat mit RRB Nr. 05/26/12 vom 12. Juli 2005 die Attest-Lehrstellen-Initiative beschlossen. Die Kantonale Verwaltung erhielt folgenden Auftrag: „Auf Lehrbeginn 2006 und 2007 werden in der Verwaltung und den Betrieben insgesamt 52 neue Lehrstellen in zweijährigen und ausgewählten dreijährigen Grundbildungen geschaffen. Auf Lehrbeginn 2008 wird das Ziel von zusätzlich 26 neuen Ausbildungsplätzen angestrebt.“

Inzwischen wurde die Attest-Lehrstellen-Initiative (ALO) erfolgreich abgeschlossen. Seit dem Beginn der ALO (2005/06) bis Ende 2007 konnten bei der Kantonalen Verwaltung 109 neue Lehrstellen geschaffen werden, d.h. das Ziel von 78 neuen Lehrstellen wurde um rund 50 % übertroffen. Von den 109 Lehrstellen sind 45 Attest-Lehrstellen, die mit Jugendlichen der Basler Schulen WBS A-Zug, Schulen für Brückenangebote, weitere Brückenangebote BS, Integrations- und Kleinklassen, Heilpädagogische Schulen besetzt werden konnten.

Die Entwicklung der Anzahl Lernenden in BBT-Lehrberufen seit 2003 (ohne Anlehren) zeigt die nachfolgende Grafik (Stichtag jeweils 31.12)



3. Zusammenfassung

Der Regierungsrat hat die feste Absicht, auf diesem Weg weiterzugehen. Mit RRB Nr. 08/18/34 vom 27. Mai 2008 zum Planungsantrag Sibel Arslan betreffend Lehrstellenförderung junger Migrantinnen und Migranten hat die Regierung beschlossen, den Politikplan 2009 - 2012 mit folgendem politischen Ziel zu ergänzen:

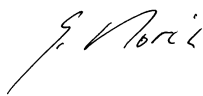
1. Der Arbeitgeber BASEL-STADT verfolgt mit höchster Priorität das Ziel, die heutige Anzahl Lehrstellen, die Vielfalt im Angebot und die Qualität in der Berufsbildung mindestens beizubehalten, und er setzt sich für einen weiteren Ausbau eines qualitativ hochstehenden Lehrstellenangebots ein.
2. Der Arbeitgeber BASEL-STADT rekrutiert seinen Gesamtbestand an Lernenden bevorzugt aus motivierten, lernwilligen Schulabgängerinnen und -abgängern von staatlichen Basler Schulen.
3. Für das Angebot an Lehren mit eidgenössischem Berufsattest (EBA) werden prioritär Schülerinnen und Schüler der WBS A-Zug, Integrations- und Kleinklassen sowie Abgängerinnen und Abgänger der Schule für Brückenangebote (SBA) berücksichtigt.

Die Ziele, die die Antragstellerin erreichen will, sind also durch die inzwischen ergriffenen Massnahmen bereits erreicht bzw. übertroffen.

4. Antrag

Gestützt auf unsere vorstehenden Ausführungen beantragen wir dem Grossen Rat, den Antrag Heidi Mück und Konsorten als erledigt abzuschreiben.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident



Dr. Robert Heuss
Staatsschreiber